

SPD

Florian Post MdB

Claudia Tausend MdB

Für UNS in Berlin

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Am 23. Mai 1949 trat das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft. Wir feiern den 70. Geburtstag unserer Verfassung! Nie wieder sollte eine Diktatur möglich sein. Ziel war es, Demokratie zu schützen und die Freiheit und den Wert des Einzelnen zugleich hervorzuheben.

Gerade wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen vor dem Hintergrund unserer eigenen Geschichte, dass die Demokratie nie selbstverständlich ist. Demokratie braucht Demokratinnen und Demokraten, die das Grundgesetz und ein gemeinsames Europa immer verteidigen. Seit 1949 gibt uns die Präambel das Ziel vor, „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“. Ein vereintes Europa, dafür steht die SPD seit jeher wie keine andere Partei.

Wir wünschen viel Spaß bei der Lektüre unseres Newsletters!

Florian Post Claudia Tausend

Zusammen ein soziales Europa schaffen –

Wählen gehen am 26.Mai!

Am 26. Mai ist Europawahl. Nie zuvor kam dieser Wahl eine wichtigere Bedeutung zu, denn noch nie zuvor war die Idee eines vereinten Europas

so sehr gefährdet. In einer Zeit, in der Nationalisten in Deutschland und anderen Mitgliedsstaaten offen die Abschaffung der EU fordern und wir

bereits den Austritt eines großen EU-Mitglieds verhandeln, ist es wichtiger denn je, wieder zueinander zu finden und sich gemeinsam für ein

Fortsetzung von S.1

Europawahl am 26.Mai!

soziales, demokratisches und freies Europa einzusetzen. Denn nur durch ein starkes Europa können aktuelle und zukünftige Herausforderungen gemeistert werden. Es ist klar, dass Europa sich erneuern muss, um sich diesen Herausforderungen zu stellen.

Nur ein soziales und gerechtes Europa kann Freiheit und Wohlstand auch in Zukunft sichern.

Deshalb ist es Zeit sich mit Klarheit, Mut und Überzeugung zum europäischen Einigungsgedanken zu bekennen.

Wir deutsche und europäische Sozialdemokraten wollen dafür investieren: in gute Arbeit zum Beispiel, in Infrastruktur, damit wir Ungleichheiten abbauen können. In soziale Sicherheit. Das schaffen wir nur, wenn auch die großen Konzerne Steuern zahlen und sich nicht drücken. Das betrifft unter anderem auch Amazon, Facebook und Co. Wir wollen echte soziale Grundrechte mit fairen Regeln schaffen und starke Rechte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Verbraucherschutzrechte, gerade auch in Zeiten der Digitalisierung und des ökologischen Wandels. Dazu gehört ein europäischer Mindestlohn für möglichst alle Mitgliedstaaten, der bei 60 Prozent des mittleren Einkommens liegt (in Deutschland wären das rund 12 Euro pro Stunde), Mindeststandards für die Mitbestimmung in Unternehmen für Arbeitnehmer und eine europäische Besteuerung der Digitalwirtschaft bis 2020.

„Wir müssen eine starke Zukunft für die junge Generation bauen“ – sagt unsere Spitzenkandidatin für die Europawahl Katarina Barley. Deshalb wollen wir gewährleisten, dass jede junge Frau und jeder junger Mann unter 25 Jahren in der EU einen Ausbildungsplatz bekommt.

Die jüngsten Ereignisse haben gezeigt, dass sich mehr junge Leute um ihre Zukunft sorgen, und auch politisch mitmischen wollen.

Darum soll auch ihnen eine Stimme gegeben werden und das Wahlalter auf 16 Jahre herab gesetzt werden.



Unsere Spitzenkandidatin Katarina Barley bei der Abschlusskundgebung im Franziskaner am 20.5.2019.



Wir als Bürgerinnen und Bürger bestimmen darüber, in welche Richtung unser gemeinsames Europa steuert. Unsere Stimme entscheidet ob Europa weiter zusammenhält oder sich auseinandertreiben lässt und es liegt in unserer Hand, wer unsere Zukunft gestalten wird.

Wir wollen diese Europawahl als Europäer und als Sozialdemokraten erfolgreich bestreiten. Für ein gemeinsames Europa und für ein starkes Ergebnis der SPD – bis zum Wahlsonntag am 26. Mai.



Florian Post mit unserer bayerischen Spitzenkandidatin Maria Noichl.

Einladung ins Festzelt Trudering mit Sigmar Gabriel

Sigmar Gabriel kommt am Montag, 27. Mai 2019 in das Truderinger Festzelt an der Wasserburger Landstraße 32. Der ehemalige Außenminister und Vizekanzler Sigmar Gabriel nimmt weiterhin zu den wichtigen politischen und gesellschaftlichen Themen unserer Zeit Stellung. Er ist bekannt für seine präzisen Analysen zu bundesdeutschen und internationalen Herausforderungen. Sein neues Buch „Zeitwende in der Weltpolitik“ hat international Beachtung gefunden. Einlass ist ab 18 Uhr, Beginn um 19 Uhr. Die musikalische Begleitung übernehmen „Wolfgang Grünbauer und die Münchner Oktoberfestmusikanten“. Für einen Sonderpreis gibt es die Maß Bier für 5,50 € und ein halbes Hendl für 6,00 €. Es würde uns freuen, Sie am 27. Mai begrüßen zu dürfen. Gerne reservieren wir Ihnen Sitzplätze über info@markus-rinderspacher.de oder **089 409081-30**.



Auf Einladung von Florian Post MdB

SIGMAR GABRIEL

Festzelt Trudering

Wasserburger Landstr. 32

**27. Mai 2019
ab 18:00 Uhr**

Ein neuer Sozialstaat für eine Neue Zeit

Neue Gesetze für Auszubildende und Studierende weitere wichtige Bausteine

Ende April stellten sich auf Einladung von Claudia Tausend bei einer Diskussionsveranstaltung im Münchner Hofbräuhaus ihr Bundestagskollege Bernd Rützel und Stadträtin Anne Hübner an Fragen von gut 100 Gästen von Wohlfahrts- und Sozialverbänden, den sozialen Trägern und Einrichtungen sowie aus der Wissenschaft.

Gemeinsam diskutierten sie die Vorschläge der SPD für einen neuen Sozialstaat.

Ein zentraler Punkt, war die Frage, wie sich der Wert der Arbeit wieder in ordentlichen Löhnen ausdrückt.

Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns war ein großer Fortschritt.

Für die junge Generation kann die SPD nun einen weiteren konkreten Fortschritt vermelden: Sie hat eine Mindestvergütung für Azubis durchgesetzt. Auszubildende sind die Zukunft der Betriebe in unserem Land. Ihre Leistung verdient Respekt und eine ordentliche Bezahlung. Mit der Mindestausbildungsvergütung (MAV) werden nun auch Betriebe, die nicht tarifgebunden sind, ihre Auszubildenden angemessen bezahlen müssen.

Da Jugendliche in der Ausbildung nicht vom Mindestlohn erfasst werden, schließt sich hier eine Lücke. Die SPD konnte erreichen, dass die Vergütung mit fortschreitender Ausbildung deutlich steigt und sie über dem Vorschlag der zuständigen Bundesbildungsministerin liegt.

Schüler und Studierenden, die diese Unterstützung brauchen, um die Ausbildung und das Studium ihrer Wahl auch aufnehmen zu können. Der Bund erhöht zum 1. August 2019 den Wohnzuschlag, die Bedarfssätze, den Förderungshöchstsatz, die Einkommensfreibeträge und den



Die SPD will berufliche und universitäre Bildung zugleich stärken und mehr Chancengleichheit im Bildungssystem schaffen. Daher hat sie sich auch für eine Milliarde Euro für eine umfassende BAföG-Reform eingesetzt. Denn die Förderzahlen beim BAföG sind rückläufig und es erreicht längst nicht mehr alle Schülerinnen,

BAföG-Zuschlag zur Kranken- und Pflegeversicherung. Der SPD ist wichtig, dass jeder junge Mensch in Deutschland die Chance hat, sein Leben erfolgreich zu gestalten.

Denn Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen!

Energiewende gerechter finanzieren

Der Klimaschutz zählt sicherlich zu den wichtigsten globalen Aufgaben unserer Zeit. Bereits heute sind die Folgen des Klimawandels, wie Hungersnöte, Wasserknappheit, Naturkatastrophen oder weltweit drastisch steigende Migrationsströme, zu spüren.

Es ist daher geboten, unsere Klimaschutzanstrengungen erheblich zu verstärken, auch um die Klimaziele von Paris umzusetzen. In der aktuellen Bundesregierung ist die SPD die treibende Kraft für die Entwicklung und Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen. Bundesumweltministerin Svenja Schulze hat ein Klimaschutzgesetz vorgelegt, das konkrete Ziele für jeden Sektor festschreibt. Das ist richtig, aber nicht ausreichend. Wir brauchen darüber hinaus eine Reform der Finanzierung der Energiewende. Denn derzeit gibt es eine Vielzahl an Abgaben und Umlagen, die hinsichtlich ihrer Erhebung, Finanzierung und Verwen-

dung uneinheitlich sind und die Sektoren in unterschiedlicher Intensität einbeziehen. Das Ergebnis des derzeitigen Systems ist, dass die Kosten für die Energiewende nicht von denen getragen werden, die diese Kosten verursachen, sondern hauptsächlich von den Verbrauchern. Es ist daher dringend notwendig, das System der Finanzierung der Energiewende neu auszurichten.

Es muss gerechter werden, also nach dem Verursacherprinzip ausgerichtet sein und eine höhere Lenkungswirkung entfalten, also zu tatsächlichem Klimaschutz führen. Wir brauchen ein Finanzierungssystem, das sich am Verursacherprinzip orientiert und dafür ist die Bepreisung von CO₂ ein geeignetes Mittel. Die Umstellung der Finanzierung der Energiewende auf Basis eines CO₂-Preises mit der entsprechenden ökologischen Lenkungswirkung, hat aber zwangsläufig eine neue Kosten-

verteilung zur Folge. Bei der Umsetzung müssen wir daher besonders auf die sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen achten. **Das heißt, wir dürfen niemanden zusätzlich belasten, der entweder keine Möglichkeiten zu klimaschonenderem Verhalten hat, wie z.B. Mieter, die nicht über die Art der Heizung entscheiden können oder für die das besondere Härten bedeuten würde, wie z.B. nicht jeder Pendler einfach ein Elektroauto anschaffen kann.**

Außerdem muss die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie erhalten bleiben. Es gibt eine Vielzahl an Konzepten und Studien, die genau diese Fragen adressieren. Wir brauchen nun konkrete Vorschläge der Bundesregierung, wie wir hier zu guten Lösungen kommen. Die Union muss dringend ihre Blockadehaltung aufgeben, denn weitere Verzögerungen können wir uns beim Klimaschutz nicht leisten.



Mehr Wohngeld für mehr Haushalte!

Das Bundeskabinett hat im Mai eine Reform des Wohngeldes beschlossen: Das Wohngeld wird ab 2020 erhöht und automatisch an die Mieten- und Einkommensentwicklung angepasst. Das ist ein wichtiger Schritt, um die Bürgerinnen und Bürger mit geringerem Einkommen bei ihren Wohnkosten wirkungsvoll zu entlasten.

Das Leistungsniveau und die Reichweite des Wohngeldes reichen angesichts aktueller Entwicklungen auf vielen Wohnungsmärkten nicht mehr aus, um die wohnungspolitischen und sozialen Zielstellungen des Wohngeldes zu erreichen. Mit der Reform setzt die SPD eine weitere Forderung aus dem Koalitionsvertrag und den Vereinbarungen des Wohnungspfels vom 21. September 2018 um.

Ab 2020 wird es mehr Wohngeld für mehr Haushalte geben. Insgesamt profitieren rund 660.000 Haushalte.

Zum Vergleich: Ohne Reform würde sich die Zahl der Haushalte, die vom Wohngeld profitieren, bis Ende 2020 voraussichtlich auf rund 470.000 reduzieren. Das entspricht einer Erhöhung von rund 40 Prozent.

Außerdem werden mit der Reform die Miethöchstbeträge – die den Betrag der Miete bestimmen, bis zu dem die

Miete durch das Wohngeld beschusst wird – nach Mietstufen gestaffelt angehoben. Die Miethöchstbeträge in den Regionen mit stark steigenden Mieten werden überdurchschnittlich angehoben. Von der Einführung einer neuen Mietstufe VII für Städte und Gemeinden mit besonders hohem Mietenniveau werden die Landeshauptstadt München und ihre Umgebung enorm profitieren.

Mit der Stärkung des Wohngeldes in 2020 wird darüber hinaus erstmalig eine Dynamisierung des Wohngeldes eingeführt.

Das Wohngeld wird alle zwei Jahre an die Bestandsmieten- und Einkommensentwicklung angepasst. Dadurch bleibt die Leistungsfähigkeit des Wohngeldes erhalten. Die Zahl der Wohngeldempfängerinnen und -empfänger wird so zukünftig weniger schwanken.

Für die SPD ist klar: Bezahlbares Wohnen und Bauen kann nur gelingen, wenn die Stärkung der Investitionstätigkeit und des sozialen Wohnungsbaus von Mietrecht und Sozialpolitik flankiert werden. Das Wohngeld erfüllt als vorgelagertes Sicherungssystem eine wichtige sozialpolitische Funktion. Seine Reform ist ein weiterer Meilenstein sozialdemokratischer Politik für ein solidarisches Land.



Termine

Claudia Tausend

Erster Mai in München



Ein sonniger und kämpferischer Maifeiertag mit vielen Mitgliedern der Münchner SPD. Gemeinsam werden wir uns weiterhin für gute Löhne und Arbeit, bezahlbare Mieten und ein solidarisches Miteinander - sowohl in unserer Stadt als auch in Europa - einsetzen.



Europadialog mit Jean Asselborn



Es war ein spannender Europadialog vor mehr als 200 Gästen mit Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn und dem Vizepräsidenten des Bayerischen Landtages Markus Rinderspacher.

Europadiskussion in Augsburg



Am Europatag diskutierte Claudia Tausend u.a. mit ihrer Bundestagskollegin Ulrike Bahr in Augsburg zu den aktuellen Themen der europäischen Politik.

Wohnungspolitischer Dialog



Gemeinsam mit den Baupolitikerinnen und -politikern der SPD-Bundestagsfraktion war Claudia Tausend zum Austausch mit den zuständigen britischen Labour-Abgeordneten in London zum wohnungspolitischen Dialog.

Florian Post MdB

Mitglied im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz



Belgradstr. 15 a
80796 München

florian.post@bundestag.de
Tel: 089 - 18 94 65 38
Fax: 089 - 18 94 65 39
facebook.com/bundestag2013
www.florian-post.de

Claudia Tausend MdB

Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie im Ausschuss für Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunales



Oberanger 38
80331 München

claudia.tausend.wk@bundestag.de
Tel: 089 - 18 93 28 58
Fax: 089 - 44 23 24 80
facebook.com/tausendmalbesser
www.claudia-tausend.de

Kostenlose Bürgerberatung

In den Wahlkreisbüros finden regelmäßige **Bürgersprechstunden** und weitere Beratungsangebote wie **Mieterberatung**, **Schuldnerberatung** und **Künstlersozialberatung** statt. Terminvereinbarung erfolgt telefonisch oder per E-Mail über die Wahlkreisbüros.